

Die Zukunft der Parteienwelt in Deutschland

Herr Hennrich, geboren in Balingen und somit ein Kind Württembergs, stellt kurz seinen Lebenslauf dar. Nach dem Schulabschluss in Wendlingen hat Herr Hennrich Jura studiert und danach drei Jahre lang als Rechtsanwalt in Kirchheim gearbeitet. Er ist Mitglied des Bundestages seit 2002 und zugleich Geschäftsführer des Wirtschaftsrates der CDU. Seine Tätigkeit im Bundestag konzentriert sich auf die Gesundheitspolitik und er hat in diesem Zusammenhang auch an den Koalitionsverhandlungen zwischen CDU und SPD im Jahr 2005 teilgenommen. Diese Verhandlungen haben ihn aber bewogen, nicht mehr im Gesundheitsausschuss tätig zu sein. Neben der Politik engagiert sich Herr Hennrich als Vorsitzender des württembergischen Landesverbandes „Haus und Grund“.

In einer anschaulichen und kurzen Zusammenfassung schildert Herr Hennrich die Entwicklung der deutschen Parteienlandschaft, wobei er, rückblickend auf die Weimarer Zeit, die Zersplitterung der früheren SPD wie auch der CDU (ehemals Zentrumspartei) in Erinnerung ruft. Sowohl die CDU wie auch die SPD haben sich nach Kriegsende zu Volksparteien entwickelt. Grundlegende Veränderungen ergaben sich 1980 durch die Etablierung der Grünen (Übergang vom Parteien- zum Themenwahlkampf) sowie im Zuge der Wiedervereinigung im Jahr 1990, in deren Folge sich die PDS mit der Aussage, sich für die Menschen in den neuen Bundesländern verständnisvoll und intensiver einzusetzen, etablieren konnte.

Die neuen Parteien haben dazu geführt, dass die beiden sogenannten großen Volksparteien nur noch 57 % der Bevölkerung von ihren Programmen überzeugen können. Langfristig hält Herr Hennrich eine Parteienlandschaft von fünf bis sechs Parteien in Deutschland für denkbar, ist aber gleichzeitig auch optimistisch, dass die noch vorhandenen Volksparteien durch ihre Programme in der Zukunft wiederum mehr Wähler von ihrer Programmatik überzeugen können.

Die Probleme der etablierten Parteien stellen sich derzeit wie folgt dar:

- Langfristige Bindungen und Überzeugungen sind rückläufig.
- Die Ansprache an die Wähler gestaltet sich zunehmend schwieriger und hängt auch von den überbordenden Talkshows ab. Eine Politikverdrossenheit sieht der Referent darin allerdings nicht. - 3 -
- Die Glaubwürdigkeit der Parteien (Aussagen „vor der Wahl – nach der Wahl“) leidet, weil viele Politiker glauben, dass wahre Aussagen zu negativen Entscheidungen des Wählers bei den Wahlen führen.

- Volksparteien haben zunehmend Probleme mit dem Umgang von Minderheitsgruppen, die sehr öffentlichkeitswirksam agieren (z. Bsp. die Zensur von Kinderpornos im Internet ruft Lobbyisten auf, die Parteien nicht mehr zu wählen, die das Gesetz zu verantworten haben).

Eine über einstündige kontroverse, aber auch zustimmende Diskussion mit dem Referenten über Glaubwürdigkeit und künftige politische Perspektiven machte den Abend sehr interessant. Dabei haben wir auch erfahren, dass Bundestagsabgeordnete mit einem enormen Einsatz sowohl in Berlin wie auch in ihrem Wahlkreis nicht die Prügelknaben der Nation sein sollten, denn keiner kann den jeweils individuellen Interessen eines Bürgers gerecht werden.

Fazit:

Politiker dürfen in bestimmten Situationen nicht alles sagen, was wahr ist, aber alles, was sie sagen, soll wahr sein.